

Einladung

zur 15. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 16. April 2018, 15.00 Uhr,
Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 29.01.2018
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 19.02.2018
4. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
5. Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Rechte des Gremiums "Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen"
(Drucks. Nr. 0342/2018)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0787/2018)
7. Beschluss über die Verlängerung des Sanierungsgebietes Soziale Stadt Sahlkamp-Mitte
(Drucks. Nr. 0204/2018)

Zu diesem Punkt ist eingeladen:
Bezirksbürgermeister Grunenberg, Stadtbezirksrat
Bothfeld-Vahrenheide

8. Beendigung der Testphase Pfandringe
(Drucks. Nr. 0683/2018 mit 1 Anlage)
9. Finanzierung der Verlegung des "Kontaktcafé Bauwagen" unter der Raschplatzhochstraße
(Drucks. Nr. 0676/2018)
10. Austausch zur Drucksache Nr. 0413/2018 - Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen - Verlängerung der im Jahr 2018 auslaufenden Bewilligungszeiträume
11. Bericht der Dezernentin

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

15. Sitzung des Sozialausschusses am Montag, 16. April 2018,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn	15.00 Uhr
Ende	16.05 Uhr

Anwesend:

Ratsfrau Klingenburg-Pülm	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Nicholls	(SPD)
Ratsherr Alter	(SPD)
Ratsherr Döring	(FDP)
Ratsherr Hellmann	(CDU)
Ratsfrau Iri	(SPD)
Ratsfrau Jeschke	(CDU)
Ratsherr Küßner	(CDU)
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)

Beratende Mitglieder:

Herr Fahlbusch	
Frau Feldmann	
Frau Merkel	(SPD) 15.00 - 15.58 Uhr
Herr Schultz	
Frau Stadtmüller	

Grundmandat:

Ratsherr Klippert	(Die FRAKTION)
-------------------	----------------

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf, Sozial- und Sportdezernentin
Frau Ruhrort, Fachbereich Soziales
Frau Vogt-Janssen, Fachbereich Senioren
Frau Feuerhahn, Fachbereich Soziales
Herr Laue, Sozial- und Sportdezernat
Frau Schonauer, Bereich Stadterneuerung und Wohnen
Herr Woike, Sozial- und Sportdezernat
Frau Hanebeck, Fachbereich Soziales
für das Protokoll

Rechnungsprüfungsamt:

Frau Mühlbauer

Gesamtpersonalrat:

Frau Grewe

Gäste:

Herr Mathias Quast, aha, Abfallwirtschaft Region Hannover

Presse:

Herr Menkens, HAZ
Herr Voigt, NP

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 29.01.2018
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 19.02.2018
4. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
5. Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Rechte des Gremiums "Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen"
(Drucks. Nr. 0342/2018)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften
(Drucks. Nr. 0787/2018)
7. Beschluss über die Verlängerung des Sanierungsgebietes Soziale Stadt Sahlkamp-Mitte
(Drucks. Nr. 0204/2018)
8. Beendigung der Testphase Pfandringe
(Drucks. Nr. 0683/2018 mit 1 Anlage)
9. Finanzierung der Verlegung des "Kontaktcafé Bauwagen" unter der Raschplatzhochstraße
(Drucks. Nr. 0676/2018)
10. Austausch zur Drucksache Nr. 0413/2018 - Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen - Verlängerung der im Jahr 2018 auslaufenden Bewilligungszeiträume
11. Bericht der Dezernentin

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsfrau Klingenburg-Pülm eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu Tagesordnung bat **Ratsherr Nicholls** darum, den *Tagesordnungspunkt 5* in die Fraktionen zu ziehen.

Der Sozialausschuss war mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

TOP 2.**Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 29.01.2018**

Ohne Aussprache.

9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 3.**Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 19.02.2018**

Ohne Aussprache.

9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 4.**Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde**

Eine Anwesende schilderte, sie sei in Hannover geboren und habe unendliches Leid durch unrechtstaatliches Verhalten ertragen müssen. Durch Justizversagen und Justizmissbrauch habe sie ihre Wohnung verloren und habe sich plötzlich in einem 4-Bett-Zimmer in einer Obdachlosenunterkunft wiedergefunden. Dort habe sie unter unmenschlichen Bedingungen 1 Jahr lang eher überlebt. Frühzeitig habe sie um Hilfe gebeten und auf Missstände aufmerksam gemacht. Dies habe leider dazu geführt, dass man sie als Störenfried betrachtet und nach 1 Jahr quasi gewaltsam aus der Unterkunft entfernt habe.

Trotzdem sei es ihr gelungen, gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister die Missstände zu benennen, nachdem sie sich durch die Hierarchie im Rathaus gearbeitet habe. Anstatt ihr beizustehen oder die Missstände abzuschaffen sei sie zunehmend gemobbt worden. Nachdem sie sich an die Presse gewandt habe, titelte diese im Dezember „Was stimmt in dieser Stadt mit den Obdachlosenunterkünften nicht, wenn die Menschen bei Kälte lieber auf der Straße übernachten als in diesen Heimen“. Das Problem sei in der Öffentlichkeit bekannt, offenbar aber nicht im Rathaus oder bei den Politikern.

Am 25.09.2017 habe sie anlässlich der Bürgersprechstunde den Herrn Oberbürgermeister gebeten, sich um eine menschenwürdige Unterbringung in einem Einzelzimmer zu kümmern, was dieser auch zugesagt habe. Auf ihre Nachfrage, wann dies geschehen werde, habe Herr Schostok „bald“ geantwortet. Am 08.01.2018 anlässlich des Neujahrsempfanges habe sie ihn erinnert und er habe erneut zugesagt, sich zu kümmern. Passiert sei jedoch nichts. Daraufhin habe sie die Sozial- und Sportdezernentin Frau Beckedorf angeschrieben verbunden mit der Bitte, den Herrn Oberbürgermeister in seinem Versprechen zu unterstützen. Auch auf dieses Schreiben hin habe sie noch keine Antwort erhalten.

Bisher habe sie nur überleben können, so die Sprecherin, weil sie aus der Stadt geflohen sei. Ihr erscheine es so, als sei die Praxis, Menschen so unwürdig zu behandeln, dass sie die Stadt verließen. Das habe sie auch in anderen Städten erlebt. Sie halte dies für einen katastrophalen Umgang mit Menschen, denen man jede Würde und jeden rechtsstaatlichen Umgang abspreche. Dies sei eines Rechtsstaates und eines so reichen Landes nicht würdig. Logistisch sei es möglich, sich um die Obdachlosen und Wohnungslosen zu kümmern. Es sollte Untersuchungen dazu geben, wie kommunale Einrichtungen dafür sorgten, dass Menschen ihre Wohnung verlören. Dies sei bisher noch nichtallgemein bekannt.

Wann immer sie nach Hannover komme und sich nach anderen Menschen erkundige, seien diese schlicht verschwunden. Dies empfinde sie als unerträglich. Es sei ebenfalls sehr schlimm, wenn wie in Koblenz ein Obdachloser geköpft werde oder aber das Schicksal der Frau, die lange im Hauptbahnhof „gewohnt“ habe, dann „entsorgt“ wurde und deren Beine dann derartige Erfrierungen erlitten, dass sie amputiert werden mussten.

Vor der Sitzung habe sie noch Herrn Probst Tenge aufgesucht und ihn um Unterstützung gebeten. Sie wisse, dass das Verhältnis von Kirche und Politik schwierig sei, aber seit 2 Jahren klopfe sie an alle Türen auf der Suche nach Beistand.

Nach ihrer Information, so die Sprecherin, habe die CDU einen Antrag gestellt, dass ein Heim oder Hotel als Frauenobdachlosenheim hergerichtet werde. Dieser Antrag soll abgelehnt worden sein. Sie wolle den Antrag aber unterstützen, da insbesondere Frauen Hilfe bräuchten. Frauen gerieten eher in Situationen, die abhängig machten, einschließlich der Prostitution. Auch sie selbst erhalte ganz oft Einladungen in diese Richtung.

Mitgebracht habe sie ihre schriftliche Anfrage an Frau Stadträtin Beckedorf, sowie ein weiteres Anschreiben, in dem versucht werde, sie (Sprecherin) in der Unterkunft am Alten Flughafen unterzubringen, die sie gern zur Verfügung stellen wolle. Sie selbst sei zu traumatisiert, um in ein Heim zu gehen, in dem sie nicht selbst die Tür abschließen könne.

Sie hoffe, sie habe die Anwesenden nicht überfordert. Es brauche Größe und Kraft zu ertragen, was Politik und Kirchen machten und wie Menschen einfach nur geduldet würden.

Stadträtin Beckedorf sagte, sie nehme die Schreiben gern entgegen, denn zumindest das eine Schreiben sei an sie gerichtet.

Für den Brief und den Vortrag danke sie. Der Schriftverkehr müsse in Ruhe gelesen und bewertet werden. Natürlich sei ihr das Schreiben sowie das Schreiben an den Herrn Oberbürgermeister bekannt. Ebenfalls bekannt und zutreffend sei, dass noch keine Antwort der Verwaltung verschickt worden sei. Diese Antwort sei in Vorbereitung. Aus den Schilderungen sei deutlich geworden, dass der Fragestellerin bekannt sei, dass innerhalb der Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover der Herr Baudezernent für die Obdachlosenunterkünfte zuständig sei. Dieser werde, so denke sie, sicher auch ein entsprechendes Antwortschreiben versenden.

Dennoch wolle sie hier inhaltlich auf das Gesagte eingehen. Der benannte Antrag der CDU-Fraktion beziehe sich vermutlich auf einen Antrag im Stadtbezirksrat Mitte zur Einrichtung einer Unterkunft speziell für Frauen im Stadtbezirk Mitte. Dieser Antrag sei vom genannten Stadtbezirksrat beschlossen worden. Zum Stand der Umsetzung könne sie derzeit leider nichts sagen.

Sehr nachdrücklich, anschaulich und nachvollziehbar sei das persönliche Schicksal der vergangenen Jahre geschildert worden. Dabei sei auch deutlich geworden, dass die Fragestellerin sich auch mit der Stadtpolitik beschäftige, so dass die Information, dass sich die Landeshauptstadt Hannover derzeit mit dem Thema Obdachlosenunterkünfte und – unterbringung sowie der Entwicklung neuer Konzepte beschäftige, sicher nicht neu sei. Sowohl die Ratsgremien als auch die Verwaltung befinde sich in einem intensiven Arbeitsprozess zu dem Thema, auch wenn dies die persönliche Situation der Fragestellerin nicht voranbringe. Sie wolle aber anbieten, führte **Stadträtin Beckedorf** weiter aus, sich gemeinsam zusammensetzen um herauszufinden, wie sich die individuelle Lage der Fragestellerin verbessern lasse.

TOP 5.

Antrag der CDU-Fraktion zur Ausweitung der Rechte des Gremiums "Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen"
(Drucks. Nr. 0342/2018)

Ohne Aussprache.

Auf Wunsch der SPD in die Fraktionen gezogen

TOP 6.

Antrag der CDU-Fraktion zur Erhöhung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften (Drucks. Nr. 0787/2018)

Ratsherr Hellmann begründete den Antrag seiner Fraktion.

Ratsfrau Langensiepen erklärte, bereits jetzt werde schon viel unternommen, um die Situation obdachloser Menschen zu verbessern und ihnen Wohnungen oder Wohnprojekte anzubieten. In der vergangenen Sozialausschusssitzung habe die Verwaltung mit der Drucksache 0310/2018 über die Situation von Wohnungslosen und Obdachlosen aus sozialpolitischer Sicht berichtet. Eine weitere Drucksache zu Obdachlosenunterkünften werde wohl zeitnah in die Beratung gehen; auch von einem Sozialkonzept sei die Rede. Diese Idee wolle ihre Fraktion gerne abwarten, um die Vorschläge der Verwaltung dann zu bewerten. Zwar versuche Hannover als Kommune bereits jetzt mit Hilfsangeboten vieles zu tun, aber Bund und Land seien in der Pflicht, die Situation nachhaltig zu verbessern. Der gemeinsame Antrag zu Housing-First (Drucksache 2847/2017), der in der vergangenen Sozialausschusssitzung beraten worden sei, stelle eine weitere Idee vor, ohne Wohnheime oder Obdachlosenunterkünfte die Lage zu verbessern.

Ratsherr Klippert stellte klar, dass es noch kein Konzept gebe. Vielmehr würden erste Gespräche mit dem Land geführt. Wie lange es dauern werde, bis diese zu einem Konzept führten, sei nicht abschätzbar. Daher fordere er die Ratspolitiker von SPD und CDU auf, bei den Parteikollegen auf Landesebene, die in einer Großen Koalition zusammenarbeiteten, entsprechend Druck zu machen. Auch von Seiten der Stadt müsse herausgestellt werden, wie dringlich das Anliegen sei. Es gebe überhaupt keine Zeit, hier abzuwarten.

Ratsfrau Jeschke sagt, natürlich könne in Berlin oder beim Land Niedersachsen angefragt werden. Nach ihrem Verständnis sei der Umgang mit Obdachlosigkeit jedoch eine ureigene kommunale Aufgabe, auch wenn das Interesse an dem Thema nicht immer groß erscheine.

Ratsherr Nicholls wies darauf hin, dass die Situation der städtischen Obdachlosenunterkünfte mehrfach erörtert worden sei. Es sei nicht zutreffend, dass der notwendige Handlungsbedarf ignoriert werde und nichts getan werde. Es müsse abgewartet werden, was die Verwaltung vorschlagen werde, um dann die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Ratsherr Döring ergänzte, in Hannover stünden 582 Plätze zur Unterbringung von Obdachlosen zur Verfügung, sowie 253 Wohnungsplätze, in die Obdachlose vermittelt werden könnten. Die Frage, die auch Grundlage des Antrages zu sein scheine, beschäftige Verwaltung und Politik seit langem. Warum nutzten Menschen die vorhandenen vielfältigen Angebote nicht. Aus den unterschiedlichsten Quellen sei bekannt, dass es sich um eine Vielzahl von individuellen Gründen und negativen Erfahrungen wie Kriminalität, Missbrauch und anderen stark traumatisierenden Ereignissen handele, die Menschen davon abhalte, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Nur eine sozialarbeiterische Herangehensweise könne hier helfen.

Im Winter waren die freien, für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehenen Unterkünfte geöffnet worden, um einen Schlafplatz zur Verfügung zu stellen. Auch dort sei die Erfahrung gemacht worden, dass trotz der Kälte nicht Alle diese Unterstützung annehmen wollten, sondern lieber auf der Straße blieben. Um also die Debatte mit der gebotenen Ernsthaftigkeit führen zu können, müssten zuerst Informationen darüber vorliegen, welche Angebote es gebe, wie deren Auslastung sei und wie sie angenommen würden. Es werde dennoch keine einfache Antwort auf die Frage nach dem Warum geben. Dabei gelte es auch die Entscheidung der Menschen, Angebote bewusst auszuschlagen, zu respektieren.

Ratsfrau Langensiepen sagte, sie stimme Ratsfrau Jeschke insofern zu, dass die Abhilfe bei kurzfristig auftretender Obdachlosigkeit Aufgabe der Kommunen sei. Dennoch sei es die Pflicht des Bundes und des Landes für ausreichend Wohnraum zu sorgen. Natürlich könnten Kommunen Wohnraumförderprogramme auflegen, wie es Hannover bereits getan habe, aber die eigentliche Armutsbekämpfung müsse anderenorts erfolgen. Darüber hinaus müssten, wie es Ratsherr Klippert gesagt habe, Bund und Land dazu bewegt werden, tätig zu werden. Das bereits angesprochene Housing-First sei nur ein Baustein, der zur Vielfalt der Angebote beitragen könne.

Ratsherr Klippert erklärte, natürlich sei Housing-First eine gute Idee. Dazu sei aber wiederum notwendig, dass Wohnraum überhaupt vorhanden sei. Auch die Verwaltung mache gute Arbeit, aber es herrsche schlicht ein Mangel an Wohnraum. Die vielfältigen Probleme der Menschen müssten mit ebenso vielfältigen Lösungsmöglichkeiten angegangen werden. Das Thema der Obdachlosigkeit sei präsent, aber anscheinend noch nicht präsent genug, um tatsächlich etwas zu unternehmen.

Frau Feldmann sagte, sie frage sich bei der ganzen Diskussion, ob die Obdachlosen selbst schon einmal dazu befragt worden seien, so dass diese Erkenntnisse in das Konzept mit einfließen könnten. Die 582 Plätze zur Unterbringung Obdachloser seien bei einer Zahl von ca. 4.000 Obdachlosen deutlich zu gering.

Herr Schultz wies darauf hin, dass es in der Augustenstraße, also mitten in der Stadt, ein 3-stöckiges leerstehendes Gebäude gebe, das für Housing-First geeignet erscheine. Offenbar sei der Herr Baudezernent aber dagegen. Er wolle offenbar, dass Obdachlose morgens raus- und abends wieder hineinkämen. Er persönlich empfinde dies als unwürdig und frage sich, wieso die Zuständigkeit für ein soziales Thema wie die Obdachlosigkeit beim Baudezernat liege.

Ratsherr Alter meinte, das geforderte Konzept ver helfe keinem obdachlosen Menschen zu einem Dach überm Kopf. In den vergangenen 2 Jahren sei bereits einiges auf den Weg gebracht worden einschließlich der von der Verwaltung vorgelegten Informationsdrucksache zur Situation von Obdachlosen und Wohnungslosen und der derzeit im Verfahren befindlichen Drucksache „Unterkünfte für Obdachlose“. Was mit dem geforderten Konzept bezweckt werden soll, sei für ihn nicht nachvollziehbar. Er halte es für wichtiger, tatsächlichen Wohnraum speziell für diese Personengruppe zu schaffen und Unterkünfte zu bauen, auszuschreiben oder umzuwidmen.

Herr Fahlbusch sagte, aus seiner Sicht werde bei der ganzen Diskussion das Große Ganze außer Acht gelassen. Es gebe immer wieder Vorwürfe, dass für einzelne Personengruppen zu viel getan werde und dabei andere nicht genügend berücksichtigt würden. Die lokale Politik müsse die Verantwortung für die Wohnungsknappheit insgesamt übernehmen. Er stimme Herrn Schultz zu, wenn dieser sich frage, warum Wohnen und Versorgung mit Wohnraum, also ein soziales Grundbedürfnis von Menschen, in der Zuständigkeit des Baudezernates liege. Darüber hinaus frage er sich, warum die entsprechenden Ratsdrucksachen dem Sozialausschuss lediglich zur Kenntnis und nicht zur Beratung gegeben werden.

Ratsherr Döring erinnerte daran, dass im aktuellen Doppelhaushalt die Mittel für die Wohnraumversorgung deutlich erhöht worden seien. In den vergangenen 2 Jahren seien in Hannover mehr neue Wohnraumprojekte über die Bebauungsplanarbeit des Rates möglich geworden, als in den vielen Jahren davor. Mit den Maßnahmen am Kronsberg sei nahezu ein kompletter Stadtteil vervollständigt worden und bisher unbebaute Flächen an der Schwarzen Heide für Wohnbauinitiativen zur Verfügung gestellt. Bei fast allen Flächen für Flüchtlingsunterkünfte habe es sich um Vorratsflächen für Gewerbe gehandelt, die umgewidmet wurden.

Die Erteilung einer Baugenehmigung nehme derzeit 9-12 Monate in Anspruch, dazu käme der Vorlauf politischer Entscheidungen und der eigentliche Bau an sich. Bis tatsächlich neue Wohnungen zur Verfügung stünden, dauere es also. Natürlich könne darüber diskutiert werden, ob es ausreiche, dass 25 % geförderter Wohnraum ausreichen, aber auf diesen Anteil habe sich der Rat schließlich verständigen können und hierfür seien noch Investoren zu gewinnen. Wenn die Unterkünfte für die mögliche Notaufnahme von Flüchtlingen perspektivisch nicht mehr benötigt würden, werde darüber zu diskutieren sein, wie die Flächen zukünftig genutzt werden.

Natürlich sei zu prüfen, was die Gründe dafür seien, dass immer mehr Obdachlosigkeit wahrgenommen werde oder diese tatsächlich zunehme. Zwar gebe es immer wieder Menschen, die ihre Wohnung verlören; dies könne aber nicht der alleinige Grund sein. Ein großer Teil der Obdachlosigkeit sei auch geprägt von EU-Ausländern insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, die als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft arbeiteten, deren Einkommen aber nicht ausreiche, in den Wintermonaten bei ihren Familien in der Heimat zu sein. Anstatt sich dann weiterhin auf dem Land aufzuhalten, ziehe es diese Menschen in die Großstadt, die im Winter weniger unangenehm zu sein verspreche. Dies sei auch ein Umstand, der in einer großen Stadt mit viel Umland Berücksichtigung finden müsse.

Insgesamt werde es auch in Zukunft nicht möglich sein, für jeden Obdachlosen einen adäquaten Platz zur Verfügung zu stellen. Hannover sei daher gut beraten, die Ursachen der Obdachlosigkeit differenziert zu betrachten. Die bereits jetzt auf den Weg gebrachten Maßnahmen zielten in die richtige Richtung.

4 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 7.

**Beschluss über die Verlängerung des Sanierungsgebietes Soziale Stadt Sahlkamp-Mitte
(Drucks. Nr. 0204/2018)**

Ohne Aussprache.

Einstimmig

TOP 8.

**Beendigung der Testphase Pfandringe
(Drucks. Nr. 0683/2018 mit 1 Anlage)**

Ratsherr Klippert sagte, das zugrundeliegende Konzept sei von Anfang an unkonventionell gewesen. Die 12 Pfandringe seien irgendwo, aber nicht an Abfalleimern, angebracht worden, auch habe es keine Werbung gegeben. Er begrüße es, dass dieses Projekt, bei dem wohl einiges schiefgelaufen sei, nun beendet werde.

Ratsfrau Langensiepen ergänzte, sie wohne in der Nähe der Limmerstraße und habe daher persönlich die Entwicklung beobachten können. Die Standorte seien nicht angenommen worden. Sie begrüße es, dass ein Pilotversuch durchgeführt wurde, der vom Karl-Lemmermann-Haus begleitet worden sei. Auch aus dessen Sicht habe das Konzept nicht funktioniert.

Ratsherr Hellmann wies darauf hin, dass seine Fraktion die Einführung von Pfandringen sehr begrüßt habe, deren Erfolg aber nicht erzwungen werden könne. Vermutlich sei in Städten mit erfolgreichen Pfandringen eine direkte Anbindung an Abfallbehälter gegeben.

Ratsherr Döring erklärte, er wisse von keiner Stadt, in der Pfandringe wirklich erfolgreich seien oder die Werbung hierfür mache. Zwar stellten unterschiedliche lokale Initiativen Möglichkeiten für Pfandsammler bereit, aber auch diese seien in ihren Kapazitäten begrenzt. Offenbar seien Menschen erfindungsreicher, als es entsprechende Projekte abbilden könnten. Die Testphase der Pfandringe sei einen Versuch wert gewesen, der nun zu beenden sei.

Einstimmig

TOP 9.

Finanzierung der Verlegung des "Kontaktcafé Bauwagen" unter der Raschplatzhochstraße (Drucks. Nr. 0676/2018)

Herr Schultz wies auf die sehr gute Sozialarbeit des Neuen Land e.V. hin. Die im Rahmen der Straßensozialarbeit im Innenstadtbereich ausgegebenen Essenkarten für das SOS-Bistro in der Steintorfeldstraße würden auch von Obdachlosen aus Osteuropa genutzt. Beim Einlösen vor Ort werden soziale Kontakte aufgebaut, sowie Hilfsangebote wie die Kleiderkammer in Anspruch genommen.

Zur Frage von **Ratsherr Klippert**, ob es sich um eine reine räumliche Verschiebung handele oder sich das Kontaktcafé Bauwagen auch vergrößere, antwortete **Herr Woike**, dass die Gesamtfläche ein wenig größer werden werde. Die 4 entstehenden Container werden für Aufenthalt und Beratung bzw. als Büro und kleine Küche genutzt. Der namensgebende Bauwagen werde an den neuen Standort versetzt; insgesamt werde die Optik aber beibehalten.

Einstimmig

TOP 10.

Austausch zur Drucksache Nr. 0413/2018 - Aufwendungszuschüsse für Belegrechtswohnungen - Verlängerung der im Jahr 2018 auslaufenden Bewilligungszeiträume

Ratsherr Alter erinnerte daran, dass die Tatsache, dass sich der Sozialausschuss heute über das Thema austauschen könne, auf eine Initiative seiner Fraktion zurückgehe. Auf Nachfragen beim Baudezernat hin sei eine schriftliche Antwort erfolgt, dass der Sozialausschuss für das Thema nach der Geschäftsordnung des Rates nicht zuständig und daher in der Beratung nicht beteiligt werden müsse.

Die bestehenden Belegrechte verlängerten sich nicht automatisch um 10 Jahre. Dies wäre zwar im Interesse der Stadt Hannover, aber kein Eigentümer könne hierzu verpflichtet werden. Das Baudezernat sei um eine Aufstellung aller in den nächsten 10 Jahren auslaufenden Aufwendungszuschüsse gebeten worden. Danach würden zwischen 2018 und 2027 insgesamt 3.899 Belegrechtszuschüsse auslaufen und es sei damit zu rechnen, dass so schnell nicht entsprechender, ausreichender neuer Wohnraum geschaffen werden könne. Hierzu bitte er das Baudezernat um eine Einschätzung, wie von Seiten der Bauverwaltung darauf angemessen reagiert werden könne, wenn diese Entwicklung bereits jetzt absehbar ist. Bei dem Thema sei ein Zeitraum von 10 Jahren nicht gerade lang. Gebe es eine Einschätzung dazu, auch längere Laufzeiten zu vereinbaren, um letztlich auch etwas mehr Planungs- und Handlungssicherheit für die Kommunen zu erlangen.

Stadträtin Beckedorf wies darauf hin, dass leider kein Vertreter der Bauverwaltung anwesend sei, um angemessen antworten zu können. Aus ihrer Sicht gebe es daher 2 Möglichkeiten:

Entweder würden die Fragen aufgenommen und dann mit dem Protokoll beantwortet, oder

Das Thema werde erneut auf die Tagesordnung (der nächsten Sitzung) des Sozialausschusses genommen, zu der dann die Bauverwaltung um Teilnahme gebeten werde.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm sagte, nach ihrem Eindruck scheine die zweite Möglichkeit präferiert zu werden. Sie bitte daher die Verwaltung darum, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen und die Bauverwaltung hinzu zu bitten.

Vertagt

TOP 11.

Bericht der Dezernentin

Stadträtin Beckedorf sagte, ihr lägen keine Berichtspunkte vor.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm schloss die Sitzung.

Beckedorf
Stadträtin

Hanebeck
für das Protokoll



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
09. Feb. 2018 <i>In Post 8 Uhr</i>
<i>Sds. 11.60</i>

1860 ✓

07. Februar 2018

In den Sozialausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Sportausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

„Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“

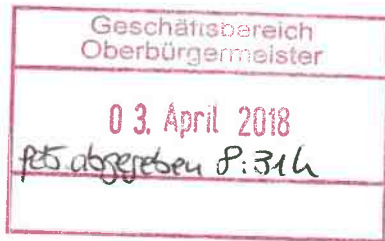
Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, den bestehenden „Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“ analog den Rechten des Seniorenbeirates mit dem Zugang zu den relevanten Fachausschüssen auszustatten.

Begründung:

Bisher ist der „Runder Tisch für Menschen mit Behinderungen“ eher ein Gremium, das reaktiv über ihn betreffende Sachverhalte informiert wird und diese diskutiert. Um eine effizientere und aktivere Mitgestaltung und Teilhabe bei Themen, die diesen Personenkreis betreffen, zu gewährleisten, müssen die bestehenden Rechte im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Geschäftsordnung des Rates um ein Präsenz- und Mitspracherecht erweitert werden.


Jens Seidel
Vorsitzender



In den Sozialausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

3. April 2018

Antrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Erhöhung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Steigerung der Akzeptanz von städtischen Obdachlosenunterkünften bei der betroffenen Personengruppe zu entwickeln und den entsprechenden Gremien umgehend vorzulegen.

Begründung:

Befragungen/Untersuchungen haben immer wieder gezeigt, dass für einen Großteil der auf der Straße lebenden Menschen die Furcht vor Belästigungen, Gewalt und Diebstählen an ihrer Habe den Hauptgrund dafür darstellt, dass sie die bestehenden Unterkunftsangebote nicht nutzen. Stattdessen schlafen sie, selbst bei arktischen Temperaturen, nachts unter Brücken oder unter freiem Himmel. Hinsichtlich dieses menschenunwürdigen Umstands könnte bei vielen Betroffenen Abhilfe geschaffen werden, indem u. a. die Sicherheitsvorkehrungen in den Unterkünften – wie mehr Sicherheits- und Aufsichtspersonal sowie abschließbare Schränke – deutlich verbessert werden.



Jens Seidel
Vorsitzender

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In die Kommission Sanierung Soziale Stadt
Sahlkamp-Mitte
In den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Sozialausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 0204/2018

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Beschluss über die Verlängerung des Sanierungsgebietes Soziale Stadt Sahlkamp-Mitte

Antrag,

zu beschließen, dass

1. zur Erreichung der Sanierungsziele der Sanierungszeitraum für das Sanierungsgebiet Soziale Stadt Sahlkamp-Mitte um fünf Jahre verlängert wird und
2. beim Land Niedersachsen der Antrag gestellt wird, den Fördermittelrahmen um 5 Millionen Euro zu erhöhen und hierfür die notwendige kommunale Kofinanzierung zur Verfügung gestellt wird.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Beachtung von Gender-Aspekten ist inhaltliche Vorgabe des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt". Diese Aspekte werden ebenso wie die Belange von alten Menschen, Menschen mit Behinderungen und den Belangen von Müttern und Vätern ein zentraler Bestandteil aller Entscheidungen und Prozesse im Rahmen der Sanierung des Stadtteils sein. Die Belange von behinderten Menschen werden insbesondere bei allen baulichen Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 61 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme I.51106.017 Soziale Stadt Sahlkamp

Einzahlungen

Zuwendungen für Investitionstätigkeit	3.333.333,20
--	--------------

Auszahlungen

Baumaßnahmen	500.000,00
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	4.500.000,00
Saldo Investitionstätigkeit	-1.666.666,80

Teilergebnishaushalt 61

Angaben pro Jahr

Produkt Bezeichnung

Ordentliche Erträge

Ordentliche Aufwendungen

Saldo ordentliches Ergebnis	0,00
------------------------------------	-------------

Begründung des Antrages

In der Drucksache Nr. 1653/2009 wurde für das Sanierungsgebiet Soziale Stadt Sahlkamp-Mitte ein Durchführungszeitraum von 10 Jahren beschlossen. Dies erschien zu Beginn der Sanierung 2009 realistisch, da von einer Mitwirkung des Eigentümers zunächst ausgegangen werden konnte. Kurz vor Abschluss der Modernisierungsvereinbarungen veräußerte jedoch die Prelios GmbH zum Jahreswechsel 2011/2012 die Bestände im Sahlkamp an die Barclays Bank. Im Januar 2013 erfolgte durch den Erwerb der Deutsche Wohnen AG ein weiterer Eigentümerwechsel.

Mit der Deutsche Wohnen AG wurden intensive Gespräche aufgenommen, die im Jahr 2016 zum Abschluss einer ersten Modernisierungsvereinbarung (Drucksache Nr. 2389/2016) führten. Seit Mai 2017 befindet sich dieser erste Bauabschnitt mit 113 Wohneinheiten im Bau, die Baumaßnahmen werden bis Ende des 1. Quartals 2018 fertiggestellt sein. Die Planungen für einen weiteren Bauabschnitt mit 98 Wohneinheiten stehen kurz vor dem Abschluss.

Da noch weitere Wohnungsmodernisierungen notwendig sind und dies auch ein wesentliches Sanierungsziel darstellt und die Deutsche Wohnen AG ihr Interesse bekundet hat, sich am Standort zu engagieren, ist eine Verlängerung des Sanierungszeitraums um fünf Jahre bis zum 31.12.2024 sinnvoll.

Um den Wohnungsbestand zumindest energetisch zu modernisieren und die Mieten weiterhin sozialverträglich zu halten, ist es erforderlich beim Land Niedersachsen eine Aufstockung des Kostenrahmens um 5 Millionen Euro zu beantragen. Der bisher bestehende Förderrahmen von 10,4 Millionen Euro ist aufgrund der Gebietsgröße, der Problemstellung und der Kostensteigerungen nicht ausreichend.

Die Umsetzung der Maßnahmen soll in größeren Bauabschnitten erfolgen und aufgrund ihres zu erwartenden Umfangs den Gremien bei Vertragsreife erneut zum Beschluss vorgelegt werden.

61.41
Hannover / 26.01.2018

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An die Stadtbezirksräte 01 - 13 (zur Kenntnis)

Nr. 0683/2018

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Beendigung der Testphase Pfandringe

Antrag:

1. Die Testphase Pfandringe im öffentlichen Straßenraum der Landeshauptstadt Hannover (LHH) wird beendet.

2. Da der Test nicht erfolgreich verlaufen ist, wird das Projekt bis auf Weiteres eingestellt und die vorhandenen Pfandringe demontiert.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Einstellung der Testphase Pfandringe richtet sich generell an alle Geschlechter.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen durch die Einstellung der Testphase.

Begründung des Antrages

Gemäß städtischer Beschlussdrucksache 1937/2016 wurde ein einjähriger Pfandringe-Test im öffentlichen Straßenraum beschlossen.

Nach Ablauf der einjährigen Testphase empfiehlt der Fachbereich Soziales in seiner fachlichen Stellungnahme zur sozialen Evaluation „vor dem Hintergrund der Kosten-Nutzen-Analyse von einer Weiterführung und einer Ausweitung des Projektes Pfandringe abzusehen“. Hierzu verweisen wir auf die Stellungnahme des Fachbereiches Soziales, die als Anlage dieser Drucksache beigelegt ist.

Dieser Ansicht schließt sich die Abt. Stadtreinigung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft der Region Hannover vollinhaltlich an. Aus Sicht der Stadtreinigung sind keine signifikanten positiven Effekte bezüglich Stadtsauberkeit bzw. Nutzung der Pfandringe zu erkennen. Dagegen waren diverse Beschädigungen der Pfandringe durch Vandalismus und

zunehmend Verschmutzungen durch illegale Abfallentsorgungen festzustellen.

Die Gestellung, Säuberung und Reparatur der 12 Pfandringe an den drei gewählten Standorten Lister Platz, Limmerstr. und am Steintor hat in der Testphase ca. 15.000 € an Kosten verursacht. Hinzu kommen die Aufwendungen der sozialwissenschaftlichen Begleitung durch das Karl-Lemmermann-Haus mit ca. 9.000 €.

Auch aus unserer Sicht ergibt sich kein messbar positiver Effekt, der in einem Verhältnis zu den Aufwendungen steht. Deshalb schlagen wir gemeinsam mit dem Fachbereich Soziales der LHH vor, den Test zu beenden und die vorhandenen Pfandringe zu demontieren.

Zweckverband Abfallwirtschaft
der Region Hannover
Abt. Stadtreinigung

Dez. V
Hannover / 21.03.2018

Soziale Evaluation des Projektes Pfandringe

Auf Basis des Beschlusses der Drucksache 1937/2016 hat der Fachbereich Soziales das Karl-Lemmermann-Haus beauftragt, die soziale Evaluation des Projektes Pfandringe durchzuführen. Mit dieser Untersuchung sollten genauere Erkenntnisse über die Wirksamkeit des Einsatzes dieser Pfandringe als Grundlage für eine Entscheidung zur dauerhaften Installation bzw. geeigneter Standorte in Hannover gewonnen werden. Der Schwerpunkt der Untersuchung sollte dabei die Themen Nutzergruppen, Vermüllung, Sicherheit und Nutzen bzw. Folgeerscheinungen durch das Aufstellen von Pfandringen sein.

Das Karl-Lemmermann-Haus hat das Projekt in dem Zeitraum 01.12.2016 – 30.11.2017 evaluiert und einen entsprechenden Projektbericht abgegeben. Die Evaluation orientierte sich dabei an folgenden Fragestellungen:

- Werden Pfandringe von den Personen genutzt, die gegenwärtig in Abfallbehältern nach Pfandgut suchen?
- Werden andere Personengruppen durch Pfandringe zum Sammeln animiert?
- Tragen Pfandringe dazu bei, das Müllaufkommen im Stadtbild, insbesondere an umliegenden Abfallbehältern, zu verringern?
- Sind die gewählten Modelle von der Größe her ausreichend?
- Wie kann bei der Installation von Pfandringen die Sicherheit von Straßenverkehr, Nutzern und Passanten gewährleistet werden?
- Wie muss informiert werden, um Fehlnutzung zu vermeiden?

Von Dezember 2016 – März 2017 wurden an den 3 Standorten stichprobenhafte Beobachtungen durchgeführt und anschließend Passanten, pfandsammelnde Menschen und Mitarbeiter von aha interviewt. Dabei wurden alle Standorte der Pfandringe im Stadtgebiet Hannover zu unterschiedlichen Tageszeiten sowie an verschiedenen Wochentagen beobachtet. Die erfassten Daten wurden unterteilt in „leer“, „halbgefüllt“ (bis zu 3 Pfandflaschen) und „gefüllt“ (mehr als 3 Pfandflaschen). Zusätzlich wurde dokumentiert, ob der jeweilige Pfandring zum Beobachtungszeitraum vermüllt oder beschädigt war. Insgesamt ergaben sich 79 verwertbare Beobachtungen, wobei die Pfandringe am Lister Platz am meisten erfasst wurden, da hier die Nutzung der Pfandringe am stärksten war. Die Beobachtungen und die Nutzung der Ringe am Steintor waren am geringsten.

I. Auswertung der Beobachtungen

a. Befüllung

Die Auswertung der Beobachtungen hat ergeben, dass in 2/3 aller Fälle die Pfandringe leer waren. Dieser Eindruck erhärtete sich durch häufige Besuche während der Interviewphase von April – August 2017, bei denen an allen Standorten überwiegend leere Pfandringe gesichtet wurden. Insbesondere der Standort **Steintor** wurde während des gesamten Evaluationszeitraums nicht einmal gefüllt gesehen.

Auf der **Limmerstraße** in Linden waren lediglich in 3 von 22 Fällen Pfandflaschen in den Ringen. Von April – August 2017 konnten in der Interviewphase keine gefüllten Pfandringe in Linden beobachtet werden.

Die Pfandringe am **Lister Platz** wurden am intensivsten genutzt. In mehr als 1/3 der Fälle konnten bis zu 3 Pfandflaschen oder Dosen in den Ringen gezählt werden. Auch während der Interviewphase waren die Ringe am Lister Platz häufiger befüllt als an anderen Standorten.

Um auszuschließen, dass Pfandringe als leer gezählt wurden, weil das Pfandgut unmittelbar nach dem Einstellen direkt gesammelt wird, wurde bei mehreren Beobachtungen an vollen Pfandringen bis zu 1 Stunde verweilt. Über den gesamten Zeitraum der Evaluation konnte keine direkte Entnahme an den Pfandringen festgestellt werden.

Die Frage, ob das gespendete Pfand tatsächlich von bedürftigen Menschen aus den Pfandringen genommen wird, kann somit nicht beantwortet werden.

b. Beschädigungen und Vermüllung

Vermüllungen und Verschmutzungen konnten ausschließlich in **Linden** beobachtet werden. Hier wurden insbesondere Plastik und To Go-Becher in den Pfandringen abgestellt. Bereits kurz nach der Installation wurden verschiedenste Aufkleber den an Ringe angebracht und die Erkennung der Ringe dadurch erschwert.

Am Standort **Steintor** wurden die Pfandringe im Januar 2017 sowie im Sommer 2017 beschädigt.

II. Ergebnisse der Befragung

a. Mitarbeiter vom Zweckverband Abfallwirtschaft Hannover (aha)

Die Befragung der Mitarbeiter von aha, die die Pfandringe täglich kontrollierten, ergab, dass eine Reinigung der Pfandringe alle 2 – 3 Tage erforderlich war. Es bestand die Vermutung, dass die Pfandringe oft als Abfallbehälter angesehen wurden, da die Ringe häufig mit Abfall und pfandfreien Flaschen, Dosen oder Bechern befüllt waren. Auch sind stärkere Verschmutzungen im Bereich der aufgehängten Pfandringe sowie Glasbruch festgestellt worden. Auch die Mitarbeiter von aha konnten nur selten Pfandringe befüllt beobachten.

Als Fazit stellen die Mitarbeiter von aha einen höheren Arbeitsaufwand für die Straßenreinigung durch Fehlnutzung, Vandalismus, Glasbruch bei gleichzeitigen Ausbleiben der Befüllung der Pfandringe und somit keinen sichtbaren Nutzen fest.

b. Befragung der Passanten

Da keine spendenden Personen beobachtet wurden, konnten diese nicht interviewt werden. Stattdessen wurden Passanten ausgewählt, die potentielle Spender sein könnten. Hier wurden 21 Personen zu ihrer Meinung zu den Pfandringen befragt. Der Hälfte der Personen waren die Pfandringe bisher noch nicht aufgefallen bzw. unbekannt. Grundsätzlich gab es aber positive Rückmeldungen zu der Idee der Pfandringe, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dadurch mehr Menschen dazu animiert werden könnten, Pfand zu spenden.

c. Befragungen der Sammler

Es konnten ausschließlich Männer beim Pfand sammeln beobachtet werden, davon konnte mit 14 pfandsammelnden Menschen Gespräche geführt werden. Auch diese vertraten die Auffassung, dass Pfandflaschen verletzungsfrei eingestellt werden können und Bürger zu mehr Spenden animiert werden könnten.

Alle Sammler gaben jedoch an, dass sie auch trotz der Pfandringe weiterhin in Mülleimern nach

Pfand suchen werden. Das Pfand aus den Ringen könnte lediglich ein Zuverdienst sein, aber definitiv nicht dazu motivieren, nicht mehr in Mülleimern zu sammeln.

Keiner der Pfandsammler steuerte die Ringe gezielt an, teilweise weil die Standorte nicht bekannt sind, sich nicht in ihrem Einzugsbereich sind oder aber einfach zu selten befüllt sind. Ein mögliches Konkurrenzverhalten wurde von den Sammlern nicht gesehen. Ein Sammler vertrat sogar die Auffassung, dass das Pfand generell jedem zustehen würde, egal ob bedürftig oder nicht.

III. Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen,

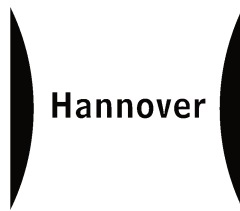
- dass sich aus Sicht des Karl-Lemmermann-Hauses Vermüllung und Vandalismus in Grenzen hält, hier sind die Beobachtungen der Mitarbeiter von aha zielführender. Diese stellen einen höheren Arbeitsaufwand für die Straßenreinigung, Fehlnutzung, Vandalismus, Glasbruch bei gleichzeitigem Ausbleiben der Befüllung der Pfandringe, und somit keinen sichtbaren Nutzen fest.
- dass aus Sicht möglicher pfandspendenden Bürgerinnen und Bürger die Idee der Pfandringe grundsätzlich positiv bewertet wird. Allerdings ist kaum ein Bürger bereit, Pfandringe gezielt aufzusuchen. Damit tatsächlich auch gespendet werden würde, braucht es offensichtlich einen höheren Bekanntheitsgrad, Wiedererkennungseffekt und deutlich mehr Standorte. Einige Bürgerinnen und Bürger äußerten sich dahingehend, dass sie Pfandspenden z.B. über Spendenbriefkästen für Bons in Supermärkten oder anderen Großinitiativen „Pfand gehört daneben“ bevorzugen würden.
- dass das eigentliche Ziel der Pfandringe, die Nutzerinnen und Nutzer zu erreichen und zu verhindern, dass nicht mehr im Müll nach Pfandflaschen gesucht werden muss, mit dem Pilotprojekt eindeutig nicht erreicht wurde. Das Sammelverhalten von Pfandsammlern wird durch die Pfandringe nicht verändert und auch die persönliche Lebenssituation hat sich dadurch nicht verbessert
- dass einer Weiterführung/ Ausweitung des Projektes Pfandringe das Design und die Standorte der Pfandringe optimiert werden müsste. Auch der Bekanntheitsgrad müsste durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden.

Die Installation von mehr Pfandringen an mehr Standorten sowie der damit verbundene Reinigungsaufwand würde eine große Investition bedeuten. Auch Öffentlichkeitsarbeit in den Medien, an Plakaten oder im Stadtbahnfernsehen wäre erforderlich, um den Bekanntheitsgrad zu steigern. Dennoch ist es fraglich ob die durchaus spendenbereite Bevölkerung ihre Spendenbereitschaft dann auf die Pfandringe konzentrieren würde. Spendenwillige Personen haben auch heute die Möglichkeit über verschiedene Initiativen und Sammelmöglichkeiten ihr Pfand für bedürftige Menschen zu spenden.

Der Nutzen für die pfandsammelnden Menschen scheint eher nachrangig zu sein. Nach eigenen Aussagen der Nutzer werden sie weiter im Müll nach Pfandflaschen suchen, das Argument, dass es menschenwürdiger sei, das nicht mehr tun zu müssen sei ein vorgeschobener Grund, um das Gewissen der Initiatoren und Spendenden zu beruhigen. Im Ergebnis braucht es keine Symptom- sondern eine Ursachenbekämpfung der steigenden Armut.

Vor dem Hintergrund der Kosten-Nutzen-Analyse wird empfohlen, von einer Weiterführung und einer Ausweitung des Projektes Pfandringe abzusehen.

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 0676/2018

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Finanzierung der Verlegung des "Kontaktcafé Bauwagen" unter der Raschplatzhochstraße

Antrag,

dem "Neuen Land e.V." 15.000 € als Kostenzuschuss zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Richtet sich sowohl an Frauen und Männer.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme

Bezeichnung

Einzahlungen

Auszahlungen

Saldo Investitionstätigkeit

0,00

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 41401 Drogenhilfe/Heroinprojekt

Ordentliche Erträge

Ordentliche Aufwendungen

Transferaufwendungen

15.000,00

Saldo ordentliches Ergebnis

-15.000,00

Begründung des Antrages

Seit 30 Jahren betreibt das „Neue Land“ das „Kontaktcafé Bauwagen“ unter der Raschplatzhochstraße. Dieses Angebot richtet sich nicht nur an drogenabhängige Menschen, sondern auch an wohnungslose und alkoholisierte Personen, alkoholkonsumierende Jugendliche, Migrant*innen und Flüchtlinge und ist an diesem Ort erster Wegweiser in die Hilffssysteme. Dieses niedrigschwellige Angebot ist Teil einer Hilfskette mit Kontakt- und Motivationsarbeit, Beratung, Clearingstation, stationärer Therapie, Nachsorge und Weitervermittlung in andere Hilfsangebote und Einrichtungen des „Neuen Landes“.

Im Rahmen des Umbaus des Raschplatzes wird in Zukunft ein Radweg über den bisherigen Standort führen. Aus dem Grund ist eine Versetzung um einige Meter notwendig. Der bauliche Zustand der Container ist zwar noch für den Betrieb akzeptabel, aber - laut Sachverständigem - nicht mehr für eine entsprechende Versetzung geeignet. Deshalb zieht eine Verlegung des Standorts einen Kauf von vier gebrauchten Containern nach sich. Der Bauwagen bleibt als markantes Erkennungszeichen erhalten, wird aus Brandschutzgründen um ca. 1 Meter gekürzt und ebenfalls versetzt.

Nach Aussage der infra und dem „Neuen Land“ wird diese Gesamtmaßnahme 50.000 € kosten.

Nach Gesprächen gab es die Einigung, dass sich die infra mit 30.000 €, das „Neue Land“ mit 5.000 € und das Sozialdezernat mit 15.000 € an der Finanzierung beteiligen. Das „Neue Land“ wird zusätzlich den Innenausbau über ehrenamtliche Mitarbeit und Spenden ermöglichen.

Geplant ist, in den Sommerferien die gebrauchten Container aufzustellen und den Bauwagen zu versetzen. Parallel zu der Baumaßnahme wird der Betrieb am alten Standort aufrechterhalten, so dass es zu keinen Schließzeiten kommt. Erst nach Fertigstellung der Maßnahme werden die alten Container entsorgt.

Dez. III

Hannover / 19.03.2018